

Theorie des bedingungslosen Grundeinkommens

von Dieter Holzhäuser

Unser Wirtschaftskreislauf hat drei Fundamentalprobleme, die nachhaltig gelöst werden müssen, um unser Gemeinwesen vor Schaden zu bewahren: das unvermeidliche Schwinden von Arbeit, die ungleiche Verteilung vorhandener Arbeit und eine falsch verstandene Steuergerechtigkeit. Bedingungsloses Grundeinkommen und Konsumsteuer sind so genau passende Instrumente zur Lösung dieser Probleme, dass man sie als vergessene Bausteine des Wirtschaftssystems sehen muss und nicht als nette Zutaten.

Prof. Thomas Straubhaar vom Hamburger Weltwirtschaftsinstitut und der ehemalige Thüringer Ministerpräsident Dieter Althaus sehen im bedingungslosen Grundeinkommen ein Instrument, das die dringendsten Probleme unseres Sozialstaates lösen kann.

Das Buch von Götz Werner „Einkommen für alle“ geht viel weiter. Götz Werner findet, dass bedingungsloses Grundeinkommen und eine umfassende Konsumsteuer zusammengehören, ohne aber seine Ansicht so richtig auf den Punkt zu bringen. Er hat das ganze Umfeld des bedingungslosen Grundeinkommens mit interessanten Hintergründen und Beispielen beleuchtet, aber keinen deutlichen kausalen Zusammenhang herausgearbeitet. Seine These, dass Steuern erst wirklich gezahlt werden, wenn Einkommen für Konsum ausgegeben wird, ist für mich der Auslöser gewesen, die Zusammenhänge selbst zu suchen. Als ich zu schreiben begann, wusste ich noch nicht, wohin mich meine Überlegungen führen würden.

Man möge mir zugute halten, dass ich kein Ökonom, kein Steuerfachmann und auch kein Politiker bin, sondern ein parteiloser Bürger, der versucht, seinen Verstand zu benutzen. Wenn ich irgendwo objektiv falsch liegen sollte, lasse ich mich gern belehren. Um nicht in Details zu versinken, habe ich stark vereinfacht, was zu einer modellhaften Darstellung des Wirtschaftskreislaufs geführt hat. Die Abhandlung hat einen Vorläufer mit dem Titel "Sozialkapitalismus". Ich ziehe ihn zurück, weil ich mittlerweile erkannt habe, dass das Thema sehr viel tiefgründiger darzustellen ist, etwa so wie bei Computerprogrammen, die durch neue Versionen immer besser werden.

Ich wollte mir über das bedingungslose Grundeinkommen klar werden und musste zu meinem Erstaunen feststellen, dass es Fundamentalprobleme in der Wirtschaft gibt, die mit ihm zusammenhängen und nun im Mittelpunkt der Abhandlung stehen, ja stehen müssen. Erst daraufhin kommt das bedingungslose Grundeinkommen als willkommener Problemlöser ins Spiel, braucht aber noch einen Partner, die Konsumsteuer.

Weil "bedingungsloses Grundeinkommen" zu einem stehenden Begriff geworden ist, habe ich ihn im Titel benutzt, obwohl es um viel mehr geht. Eine Theorie nenne ich die Abhandlung, weil ihr Kern, nämlich die Einfügung der beiden Instrumente in den Wirtschaftskreislauf, theoretischer Natur ist. Ohne theoretisches Fundament über die praktische Einführung nachzudenken, ist ziemlich sinnlos.

Ein Modell der Wirtschaft

Allein die finanzielle Dimension des bedingungslosen Grundeinkommens reicht für die Erkenntnis aus, dass es nicht etwa wie eine neue Sparte des Sozialsystems einzuführen ist, sondern irgendwie in den Grundfesten der Wirtschaft verankert sein muss. Also braucht man eine Vorstellung davon, wie Wirtschaft im Prinzip funktioniert, was am besten anhand eines Modells geht.

Der erste Entwurf meines Modells besteht aus dem, was Menschen von der Wirtschaft tagtäglich ins Bewusstsein dringt, zum Beispiel, dass es Betriebe gibt.

Betriebe als Wirkungsstätte von Unternehmern und Arbeitnehmern, produzieren Waren und Dienstleistungen, wofür sie Geld einnehmen, um damit Kosten zu begleichen. Was übrig bleibt, hat der Unternehmer verdient. Den Begriff des Betriebes möchte ich sehr weit fassen. Banken, die Dienstleistungen rund um den Kredit verkaufen, gehören dazu, aber auch Vermieter, Anleger und private Investoren, denn sie handeln ähnlich wie Betriebsinhaber.

Viele Betriebe verkaufen ihre Produkte nicht an andere Betriebe, sondern an Arbeitnehmer und Unternehmer, die dadurch eine Doppelrolle spielen. Sie produzieren nicht nur, sondern sie sind auch Verbraucher. Bild 1 stellt diese Vorgänge am Beispiel von 4 Betrieben dar.

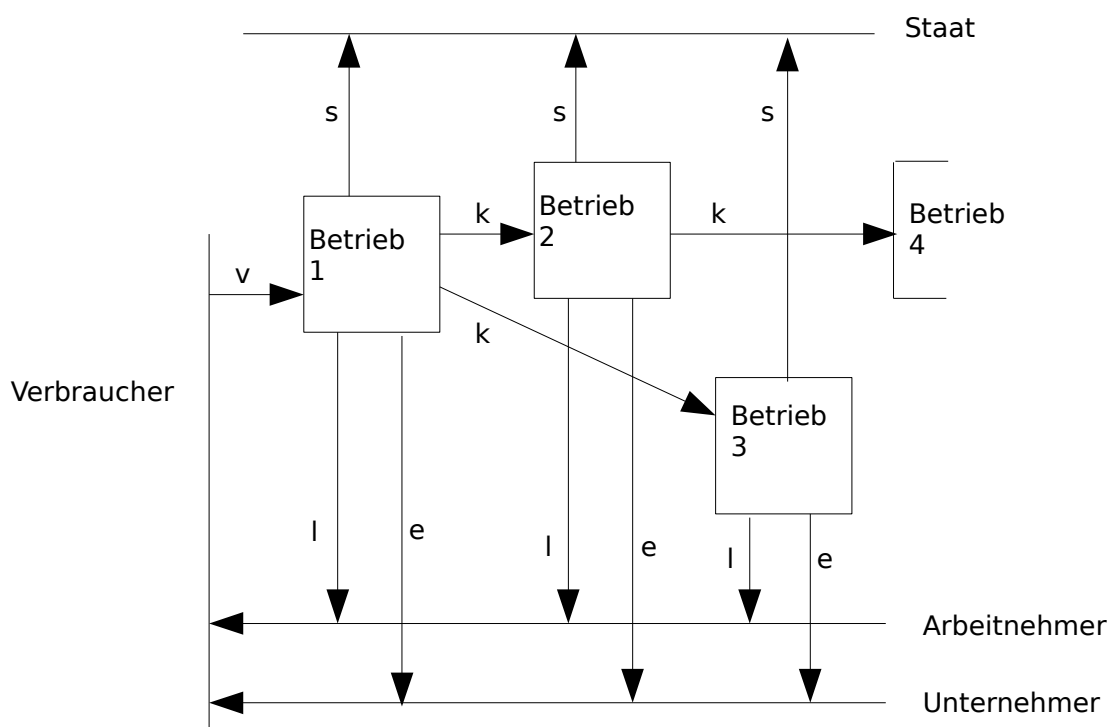


Bild 1 Betriebe und ihre Geldströme

Die Ausgaben v der Verbraucher sind die Betriebseinnahmen von Betrieb 1. Natürlich fließen im Gegenzug Waren an die Verbraucher, was aber nicht dargestellt ist, weil nur die Geldströme von Interesse sind. Betrieb 1 verwendet seine Einnahmen um Staatsabgaben s und Löhne l zu zahlen, aber auch die Einkäufe k bei den Betrieben 2 und 3. Was übrig bleibt, ist der Ertrag e des Unternehmers.

Alle Betriebe verwenden ihre Betriebseinnahmen auf die gleiche Weise, außer Betrieb 3, der keine Einkäufe k macht, was folgenden Grund hat:

Wenn man die Einkäufe und die damit verbundene Wertschöpfung zurückverfolgt, findet man, dass das eingekaufte Material immer urtümlicher wird. Zum Beispiel setzt sich der Wert von Möbeln aus dem von Holzplatten und Lohn zusammen. Der Wert von Holzplatten wird gebildet aus dem von Schnittholz und Lohn und der Wert von Schnittholz aus dem von Bäumen und Lohn. Im Preis für einen Baum ist Lohn der einzige Kostenfaktor, weil das Material Holz in Form des jährlichen Holzzuwachses für den Waldbesitzer kostenlos ist. Der Betrieb des Waldbesitzers hat für sein Produkt keine Lieferanten und ist ein Beispiel für Betrieb 3 in Bild 1. Betrieb 3 könnte aber auch irgendein Dienstleister sein, der ebenfalls ohne Materialeinkauf auskommt.

Bei den meisten Sachgütern, zu denen auch Energie gehört, ist es schwieriger als bei Möbeln, die Herkunft zu klären, was aber nichts daran ändert, dass sie ursprünglich ohne Kosten der Natur entnommen wurden. Daher ist die fortgesetzte Verästelung einkaufender und verkaufender Betriebe, wie sie mit Betrieb 4 angedeutet ist, irgendwann zu Ende. Die kostenlosen Ressourcen der Natur erhalten erst durch Lohn, der für ihre Erschließung gezahlt werden muss, einen Wert.

Die meisten Ressourcen der Natur sind mit Rechten belegt, die sich die Inhaber abkaufen lassen, und zwar von denen, die die Erschließung vornehmen. Die Rechteinhaber sehe ich als "Unternehmer" an, die mit ihrem "Betrieb" Güter der Natur verkaufen, ohne daran einen Mehrwert geschaffen zu haben, wodurch Erträge ohne jede Leistung entstehen. Obwohl diese Art von Unternehmertum eine andere Qualität hat als das üblicher Betriebe, ist es im Modell enthalten.

Eine heute sehr wichtige Ressource ist die Lagerkapazität der Atmosphäre für CO_2 , über die jeder nach Belieben verfügen kann. Wenn man auch sonst die Rechte an den Gütern der Natur kritisch hinterfragen muss, für die Rechte am CO_2 -Lager muss dringend die Weltgemeinschaft zum Inhaber erklärt werden, damit durch eine kostenpflichtige Einlagerung ein wirksamer Klimaschutz möglich wird. Das könnte umgesetzt werden, indem bereits bei der Erschließung fossiler Brennstoffe die spätere Einlagerung von CO_2 in die Atmosphäre bezahlt werden muss.

Die Staatsabgaben s der Betriebe setzen sich aus Steuern und Sozialabgaben zusammen. Mit Steuern stellt der Staat unter anderem Infrastruktur zur Verfügung. Die Wirtschaft ist beispielsweise auf ein Verkehrsnetz angewiesen, kann es aber selbst nicht schaffen und unterhalten. Gut ausgebildete Arbeitnehmer gibt es nur, wenn der Staat genügend Steuermittel für ein gutes Schulwesen einsetzen kann. Steuern schaffen die Voraussetzungen, unter denen Wirtschaft erst möglich wird. Sie sind kein Übel, wenn sich auch über ihre Höhe und Verwendung streiten lässt.

Es ist sicher und solidarisch (oder sollte es sein), wenn der Staat mit Hilfe von Sozialabgaben Vorsorge für allgemeine Lebensrisiken der Menschen treibt. Sozialabgaben allein reichen dafür aber nicht aus und müssen durch Steuermittel ergänzt werden. Es zeigt sich, dass die jetzigen Systeme zunehmend mit dieser Aufgabe überfordert sind.

Irgendwie ist es selbstverständlich, dass ein Betrieb sämtliche Staatsabgaben, wie Unternehmenssteuern, die Steuern der Arbeitnehmer und alle Sozialabgaben aus den Betriebseinnahmen zahlt. Die Steuern des Unternehmers stammen auch daher, nur zahlt er selbst.

Da die Betriebseinnahmen beispielsweise von Betrieb 2 Kosten von Betrieb 1 sind, kalkuliert der sie in seine Preise ein. Das macht Betrieb 1 genauso, nur sind die Verbraucher dessen Kunden. Und die können ihre Kosten nirgendwo einkalkulieren, sondern zahlen tatsächlich.

Nicht selbstverständlich ist die Schlussfolgerung, die man daraus ziehen muss: Verbraucher sind die wahren Zahler von Staatsabgaben. Nun wird Jeder Arbeitnehmer auf seine Gehaltsabrechnung verweisen und behaupten, dort stünde, wie viel Steuern und Abgaben er gezahlt habe. Beides ist richtig, aber zweimal werden die Staatsabgaben nicht gezahlt. Also muss man sich für

eine der beiden Sichtweisen entscheiden, wodurch die andere nicht mehr existiert. Im Modell ist die erstere eingetragen. Daher gibt es keine Pfeile für Staatsausgaben, die über Unternehmer und Arbeitnehmer zum Staat führen.

Es taucht sofort die Frage auf, welche der beiden Sichtweisen die größere Daseinsberechtigung hat, worin die Kernfrage verborgen ist, warum es überhaupt zwei Sichtweisen gibt. Diesen Fragen gehe ich im Abschnitt über Gerechtigkeit nach.

Wirtschaft ist nicht immer so gewesen, wie sie in Bild 1 dargestellt ist. Bis ins letzte Jahrhundert hinein waren die meisten Menschen Selbstversorger. Vieles, was sie zum Leben benötigten, haben sie selbst erzeugt. Das hat sich durch Betriebsgründungen geändert, die etwa so abgelaufen sein könnten:

Da Selbstversorgung mühsam und ineffektiv ist, entschließt sich ein Mensch, einen Betrieb zu gründen. Wir nennen ihn Unternehmer. Er hat erkannt, dass Waren sehr viel effektiver produziert werden können, wenn er die Produktion einiger weniger Warenarten innerhalb eines Betriebes organisiert und wenn mehrere andere Menschen, von denen jeder nur einen kleinen Fertigungsschritt ausführt, zusammenarbeiten. Das setzt natürlich voraus, dass diese Menschen ihre Selbstversorgung aufgeben, um statt dessen vom Betrieb fremdversorgt zu werden. Im Gegenzug erwarten sie, ebenfalls etwas von der effektiveren Produktion zu haben, also einen höheren Lebensstandard gegenüber der Selbstversorgung. Sie werden dadurch zu Arbeitnehmern. Weil ihr Betrieb sie nicht mit den Waren entlohnen kann, die sie für sich selbst benötigen, erhalten sie Gutscheine, die wir Geld nennen. Andere Betriebe sind bereit, gegen Geld Waren einzutauschen.

Die Geschichte zeigt, dass Warenproduktion durch Arbeitsteilung effizienter werden kann, was entweder zu weniger Arbeit oder zu einer größeren Warenmenge führt. Das hat zur Folge, dass die vom einzelnen Arbeitnehmer benötigten Waren bei vielen anderen Betrieben gekauft werden müssen. Nur weil das möglich ist, hat Geld einen Wert. Menschen begehren letztlich nicht Geld, sondern Ware.

Die Menschen, die Arbeitsteilung organisieren, die Unternehmer also, haben ein Einkommen, ohne selbst an dem Herstellungsprozess teilzunehmen. Sie müssen keine Weisungen befolgen und können ihr Einkommen sogar gestalten, weil ihnen freigestellt ist, wie sie ihren Betrieb führen. Stillschweigend hat eine Abmachung zwischen Unternehmer und Arbeitnehmer stattgefunden. Menschen geben die Selbstversorgung auf, ohne dahin zurückkehren zu können. Für diesen Schritt wird ihnen Fremdversorgung zugesagt. Dieser Aspekt wird später noch eine große Rolle spielen.

Es fehlt noch etwas in der Geschichte. Bis die Produktion abgeschlossen ist und verkauft werden kann, dauert es eine gewisse Zeit. Während dieser Zeit braucht der Unternehmer Geld, weil Kosten entstehen, zum Beispiel für Löhne, Steuern und Maschinen. Spezielle Betriebe, die Banken, stellen es ihm gegen Gebühr für eine vereinbarte Zeit zur Verfügung. Er bekommt einen Kredit. Und nicht nur einen. Dass Produktion Zeit braucht, in der Kosten entstehen, ist unvermeidlich, und erfordert immer neue Kredite. Da aber auch zurückgezahlt wird, hat ein Betrieb immer einen gewissen Schuldenstand, man könnte auch sagen einen Dauerkredit.

Sicher kann man den Staat bezüglich seiner Schulden wie einen investierenden Betrieb betrachten und ihm auch einen Dauerkredit zubilligen. Immer nur steigen sollten die Schulden aber nicht.

Der Gedanke liegt nahe, das Modell zu vereinfachen. Da die Beziehungen der Betriebe untereinander weniger wichtig sind, stelle ich die gesamte Wirtschaft als einen riesengroßen Betrieb dar,

wobei die Ströme s , e und l der Einzelbetriebe jeweils zu einem zusammengefasst sind (siehe Bild 2). Die Wirtschaft insgesamt kennt keine Einkäufe, da es außerhalb nur die kostenlosen Schätze der Natur gibt, weshalb der Strom k entfällt.

Ganz vollständig ist der Kreislauf noch nicht. Was mit dem Strom der Staatsabgaben s geschieht, bleibt vorerst offen.

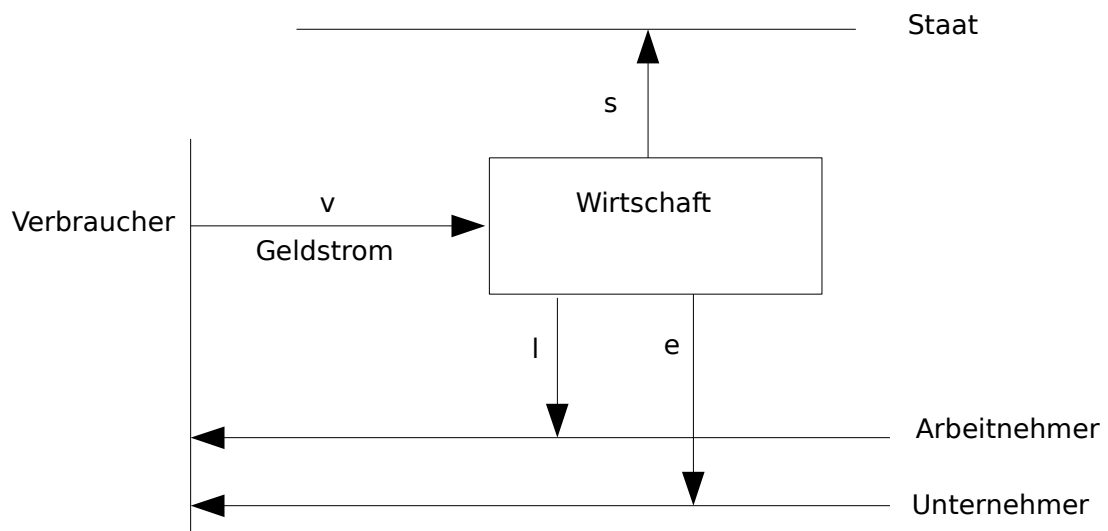


Bild 2 Wirtschaft und ihre Geldströme

Es reizt mich, weiter über Kredite zu philosophieren. Wenn Betrieben ein Dauerkredit zugeschrieben werden kann, dann doch auch der gesamten Wirtschaft. Wer steht da in der Schuld vom wem?

Die Warenverfügbarkeit hinkt der Arbeitsleistung hinterher, was in einer entwickelten Wirtschaft nicht spürbar ist, aber einem immer währenden Konsumverzicht der Arbeitnehmer entspricht. Die Arbeitnehmer haben der Wirtschaft ihre Arbeit an den Gütern überlassen, die sich in der Produktion und im Handel befinden, was ihnen mit Geld bescheinigt wird. Der Wert des Geldes entspricht daher dem Wert dieser Güter, der nur aus Arbeit besteht, weil die Wirtschaft insgesamt keine Materialkosten kennt.

Mit Geld ist die Schuld der Wirtschaft aber nicht bezahlt, denn Geld können Menschen nicht essen. Die Wirtschaft muss konsumierbare Waren produzieren und an die Menschen abgeben. Geld hat etwa die Funktion von Gutscheinen und regelt, wer wie viel Ware bekommt.

Solange Arbeit vorzuschießen, bis sie in Form der gewünschten Ware zurückgegeben werden kann, ist ein weiterer Teil der stillschweigenden Abmachung zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern, für deren Einhaltung die Banken verantwortlich sind. Betriebe stellen nicht selbst Gutscheine aus, sondern die Banken machen das für sie. Geldscheine sind nur *eine* Form der Gutscheine. Meistens verstecken sich dahinter Beträge auf irgendwelchen Konten. Im Gegenzug fordern die Banken die gegen Ware eingelösten Gutscheine von den Unternehmern zurück.

Arbeitnehmer halten ihren Teil der Abmachung ein, indem sie Gutscheine für ihre Arbeit akzeptieren. Die Betriebe kommen ihrer Verpflichtung nach, indem sie Ware produzieren, die sich letztlich konsumieren lässt. Sie werden dazu getrieben, weil sie nur so die Gutscheine bekommen, die von den Banken zurückgefordert werden.

Da ich Banken als Teil der Wirtschaft betrachte, fließen die Geldströme zwischen ihnen und den anderen Betrieben innerhalb der Wirtschaft, und sind daher im Modell nicht dargestellt.

Es gibt noch viele andere Aspekte von Krediten, die aber für mein Vorhaben nicht von Bedeutung sind. Was geschieht zum Beispiel, wenn Banken zu viele oder unberechtigte Gutscheine ausstellen oder sie vernichten? Oder wenn einzelne Betriebe, ihrem Versprechen, Waren zu produzieren, nicht nachkommen?

Auf die Einhaltung von Versprechen, also auf die Zukunft, lässt sich auch wetten, worauf ein großer Teil der Finanzindustrie aufgebaut ist. Die bietet nicht nur Dienstleistungen rund um Finanzwetten an und erfindet sie, sondern wettet auch selber. Wenn dafür Geld verwendet wird, das eigentlich in Form von Krediten in die Wirtschaft fließen sollte, ist das völlig inakzeptabel, weil Wertschöpfung verhindert wird.

Wachstum und Rationalisierung

Die ursprüngliche Idee eines Unternehmers, die zur Betriebsgründung führte, reicht nicht aus, den Betrieb fortzuführen. Er kann sich nicht auf seiner Tat ausruhen.

Weil andere es genauso gemacht haben, hat der Unternehmer Konkurrenz bekommen. Deswegen kann er die Preise nicht beliebig hoch ansetzen, und um seine Betriebseinnahmen konkurrieren auch noch Staat und Arbeitnehmer.

Für den Staat ist es ziemlich einfach, seinen Teil zu bekommen. Er beschließt die Staatsabgaben per Gesetz. Arbeitnehmer haben es schon schwerer. Sie müssen sich in Gewerkschaften organisieren, die Tarifverhandlungen für sie führen, um so ihren Anteil an den Betriebseinnahmen zu beanspruchen.

Ein Unternehmer muss ständig die Erträge steigern, indem er Verstand, Umsicht, Organisations-talent und Erfindergeist einsetzt. Nicht nur, damit ihm selbst etwas bleibt, sondern auch, um den Fortbestand seines Betriebes zu sichern. Der Mehrertrag schmilzt ein Stück zusammen. Staat und Arbeitnehmer erheben ihre Forderungen und die Konkurrenz macht es ihm nach. Darauf muss der Unternehmer mit seinen Preisen reagieren. Also wird er nach einer neuen Möglichkeit der Ertragssteigerung suchen. Und das geht immer weiter so. Wer da nicht mithalten kann, dem fehlen die nötigen Handlungsspielräume, und die Gefahr ist groß, vom Markt zu verschwinden. Ich denke, dass ein Mensch Unternehmer ist, weil er auf diese Weise sein Einkommen gestalten und unabhängig von den Weisungen anderer arbeiten kann. Es ist irgendwie nachvollziehbar, wenn Unternehmer glauben, bei der Verteilung der Betriebseinnahmen mehr Rechte zu haben als Staat und Arbeitnehmer.

Das ständige Streben nach mehr Gewinn ist daher für das Fortbestehen eines Betriebes uner-lässig. Neue Ideen umzusetzen, ist mit immer neuem Kapitalbedarf verbunden. Jeder verantwortungsvolle Unternehmer wird sich dreimal überlegen, wie viel von seinem Gewinn er für seinen privaten Konsum verwendet. Denn, was er nicht in seinem Betrieb belässt, muss durch Kredite finanziert werden, die dann nichts anderes als Kredite für zusätzlichen Konsum wä-ren. Ständiges Reinvestieren macht einen Betrieb wertvoller und den Unternehmer "reicher", in Anführungszeichen deshalb, weil er sich dafür nichts kaufen kann. Nicht nur die "verliehene Ar-beit" der Arbeitnehmer steckt in der Wirtschaft, sondern auch das Eigenkapital von Unternehmern, was im weiteren Sinn das Ergebnis ihrer Arbeit ist.

Das permanente Gewinnstreben vergrößert nicht nur Betriebe, sondern auch die Menge und den Wert aller produzierten Güter und Dienstleistungen der Volkswirtschaft. Es entsteht Wachstum, wodurch die drei Arme des Geldstroms im Modell anschwellen und Wohlstand bringen. Da Wirt-schaft ohne Gewinnstreben nicht geht und Gewinnstreben Wachstum erzeugt, ist es ein grundlegendes Merkmal der Wirtschaft, dass sie wächst. Wachstum ist von Wirtschaft nicht zu trennen.

Früher war ich anderer Meinung. Wachstum hielt ich für nicht nachhaltig, und es hatte für mich einen negativen Beigeschmack. Ich dachte an endliche Ressourcen und daran, dass Wachstum über alle Grenzen nicht möglich ist, so dass die Wirtschaft irgendwann zusammenbrechen oder mit Nullwachstum zufrieden sein müsste.

Mittlerweile betrachte ich Wachstum differenzierter und bin zu einer anderen Erkenntnis gekom-men. Ich unterscheide quantitatives und qualitatives Wachstum. Das erstere entsteht durch die Produktion einer größeren Gütermenge, Mengenwachstum also. Ich denke nicht, dass es in einer entwickelten Volkswirtschaft noch eine große Rolle spielt. Ja, es darf keine Rolle spielen, wenn man Nachhaltigkeit ernst meint. In einem gesättigten Markt ist die Steigerung der verkauften

Mengen kaum noch möglich. Das Drittauto verkauft ein Autohaus ungleich schwerer als den Zweitwagen. Manche Wirtschaftszweige produzieren bereits zum großen Teil für den Ersatzbedarf.

Für neue und bessere Produkte ist der Markt dagegen offen. Da diese Produkte einen höheren Wert haben als ihre Vorläufer, entsteht qualitatives Wachstum, das sicher auch von quantitativem überlagert sein kann. Aber meistens nur für kurze Zeit, weil andere Produkte zwangsläufig unattraktiv werden und vom Markt verschwinden. Handys zum Beispiel, haben zwar zunächst die Produkt- und Dienstleistungspalette erweitert. Dann aber begann sich die Festnetzsparte zurück zu entwickeln. Wahrscheinlich wird sie irgendwann nicht mehr existieren. Und den Mobilfunknetzen droht die Gefahr, Teile des Internets zu werden.

Beide Formen des Wachstums benötigen Kapital, aber qualitatives Wachstum braucht darüber hinaus auch Innovation, Wissen und Ideen. Weil Quantität in den Hintergrund tritt, ist der Mehrbedarf an Ressourcen gering. Qualitatives Wachstum ist gegenüber quantitativem nahezu nachhaltig.

Erfindergeist ist nicht nur die Quelle qualitativen Wachstums, sondern bringt noch eine andere Form der Wohlstandssteigerung hervor, die eine eigene Qualität hat und dem Wachstum nicht zugerechnet wird, nämlich weniger Arbeit. Wer von dieser Wohltat profitiert, wird mich später noch beschäftigen. Arbeitsvermeidung ist Rationalisierung und hat verschiedene Gesichter.

Ohne Wachstum führt sie zur Produktion der gleichen Güter in gleicher Menge aber mit weniger Arbeitskräften.

Bei quantitativem Wachstum steigt die produzierte Gütermenge. Da Unternehmer immer Wege finden, zum Beispiel die doppelte Gütermenge mit weniger als der doppelten Anzahl Arbeitskräfte zu produzieren, ist jede Produktionsausweitung von Rationalisierung begleitet.

Bei qualitativem Wachstum ist es ähnlich. Auch hier gelingt es dem Erfindergeist so gut wie immer, doppelte Werte mit weniger als der doppelten Arbeitsmenge zu schaffen.

Und auch ein effizienterer Umgang mit eingekauften Gütern und Leistungen vermeidet Arbeit, nur eben bei den Vorlieferanten.

Da Rationalisierung auf Innovation beruht, ist sie, ebenso wie qualitatives Wachstum, eine Grundeigenschaft der Wirtschaft. Ohne Rationalisierung ist Wirtschaft nicht möglich.

Wachstum schafft Arbeit. Da jedes unternehmerische Handeln von Rationalisierung begleitet ist, die Arbeit vermeidet, kommt es darauf an, was am Ende übrig bleibt, und das ist oft eine negative Zahl. Kein Wunder, wenn Mengenwachstum kaum zählt und Innovation durch qualitatives Wachstum zwar Arbeit schafft, aber auch durch Rationalisierung vermeidet, und das auf allen Feldern der Wirtschaft. Hinter Innovation steckt Bildung. Dass sie beides bewirkt, nämlich einerseits mehr und andererseits weniger Arbeit, ist für mich eine ziemlich überraschende Erkenntnis.

Was soll man vor diesem Hintergrund davon halten, wenn Politiker und Ökonomen mit mehr Wachstum Arbeit schaffen, ja es sogar mit einem Gesetz beschleunigen wollen? Wenn überhaupt, dann können sie nur das quantitative Wachstum meinen, das in gesättigten Märkten keine Chance hat.

Wie die Politik Absatz zu erzwingen versucht, selbst auf die Gefahr eines Absatzeinbruchs im Folgejahr, zeigt die gerade ausgelaufene Abwrackprämie, die es für den Kauf von Neuwagen gab. Damit auch wirklich der Rubel da rollte, wo er sollte, mussten gebrauchstüchtige ältere Fahrzeuge zerstört werden.

Um Wachstum zu generieren, fordert das linke Lager mehr Geld für die ärmeren Menschen. Dass dieses Geld sofort und auch später als Konsum in die Wirtschaft fließen würde, ist keine Frage. Die Wirtschaftsleistung würde steigen, aber dann auf dem höheren Niveau verharren, was man nicht als dauerhaftes Wachstum bezeichnen kann. Ähnlich wäre es bei massiven Staatsinvestitionen, die auch gefordert werden. Sie können nicht auf Dauer erhöht, sondern nur vorgezogen werden. Die Wirtschaftsleistung würde kurzzeitig steigen, dann aber mit einer Delle auf ihr altes Niveau zurückkehren. So etwas ist ein Strohfeuer.

Das rechte Lager empfiehlt, den Unternehmern mehr Geld zu lassen, das (hoffentlich) investiert würde. Geld schafft aber keine *neuen* guten Ideen, die für qualitatives Wachstum unverzichtbar sind, und öffnet auch gesättigte Märkte nicht.

Vom selbsttragenden Aufschwung ist auch die Rede. Soll heißen, Wachstum verstärkt sich selbst. Das gibt es, scheint mir aber vergleichbar mit einer Blase am Aktienmarkt zu sein. Wenn die platzt, geht's nach unten. Auf das Wachstum bezogen, nennen Ökonomen so etwas *Konjunkturzyklen*. Unterm Strich bleibt nicht viel.

Das hindert Politiker nicht daran, uns bei Wirtschaftswachstum gleich die geschaffenen Arbeitsplätze vorzuweisen. Die Arbeitsmenge, die vielleicht sogar abgenommen hat, wird statistisch auf mehr Menschen verteilt durch weniger Vollzeitarbeitsverhältnisse, mehr Minijobs und sinnlose, einem Arbeitsplatz gleichgestellte Fortbildung.

Rationalisierung hat im Laufe der Jahrzehnte bewirkt, dass immer mehr Güter in guter Qualität zu akzeptablen Preisen produziert werden konnten. Die Aufgliederung der Produktionsprozesse in eine ungeheure Zahl von Arbeitsschritten, die von verschiedenen Menschen ausgeführt werden, ist der wohl größte Akt der Rationalisierung. Die Wirtschaft ist arbeitsteilig geworden. Dadurch gibt es heute keinen Mangel mehr, und das bei viel weniger Arbeit, die darüber hinaus auch leichter, sauberer und ungefährlicher geworden ist. Das sollte doch ein Grund zur Freude sein. Ist es aber nicht. Wir sind betroffen, wenn wieder einmal Tausende Arbeitsplätze verschwinden. Was läuft hier falsch?

Die Wohltat "weniger Arbeit" trifft die Menschen nicht als Wohltat, sondern in der Weise, dass einige ihre Arbeit und ihr Einkommen verlieren, also arbeitslos werden. Zynisch könnte man sagen, dass sich für einen Arbeitslosen nichts ändert. Die Mühe der Arbeit und ein Einkommen zum Ausgleich ergeben unter dem Strich das gleiche wie Freizeit und kein Einkommen. Die Wohltat muss woanders gesucht werden.

Arbeitslos zu werden, bedeutet, die Fremdversorgung zu verlieren. Demnach müssten Arbeitslose eigentlich in die Selbstversorgung zurückkehren, denn die Zeit dafür steht ihnen zur Verfügung. Das ist aber unmöglich, da fremdversorgte Menschen die nötige Basis zur Selbstversorgung, zum Beispiel ein Stück Land, aufgegeben haben, ja aufgeben mussten.

Eine praktisch genauso unmögliche Lösung wäre, Arbeitslose erst gar nicht entstehen zu lassen, indem Freizeit und Einkommensverlust auf alle Arbeitnehmer aufgeteilt werden.

Statt dessen übernimmt der Staat mehr schlecht als recht die Rolle des Nothelfers und sucht vergeblich das Heil im Wachstum.

Es reift die Erkenntnis, dass Arbeit und Einkommen in einer arbeitsteiligen Wirtschaft doch nicht in so direktem Zusammenhang stehen können wie das in den Köpfen vieler Zeitgenossen der Fall ist. Von einer nachhaltigen Lösung sprechen bisher nur die Befürworter des bedingungslosen Grundeinkommens: Man akzeptiert den Arbeitsplatzabbau und schützt die Menschen wirkungsvoll vor den existenzbedrohenden Folgen, und zwar nicht nur mit Geld, sondern auch mit neuer, schnell verfügbarer Arbeit.

Bedeutet eine schrumpfende Arbeitsmenge in letzter Konsequenz, dass es irgendwann keine Erwerbsarbeit mehr geben wird? Sicher nicht. Wie sich die Arbeitsmenge unter stabilen Bedingungen über lange Zeiträume entwickelt, könnte man wohl von einem Mathematiker oder mit Hilfe einer Computersimulation erfahren. Produktivitätsfortschritte werden zwar umso kleiner, je höher die Produktivität bereits ist, aber qualitatives Wachstum schafft neben Arbeit immer wieder neue Betätigungsfelder für die Rationalisierung und bringt hoch produktive, aber veraltete zum Verschwinden.

Rationalisierungspotential ist vorwiegend bei produzierender Arbeit zu finden. Daneben gibt es eine riesige Menge an Arbeit, die kaum rationalisierbar ist, zum Beispiel viele Dienstleistungen, die aber ihres Preises wegen nicht nachgefragt werden. Da Subventionen ausscheiden, haben gewisse Unternehmer die Lohndrückerei und die Arbeitsüberforderung entdeckt, um mit solchen Dienstleistungen ihr Geschäft zu machen. Die Not von Menschen, die sich nicht auf ordentliche Tarifverträge berufen können und ein Einkommen erzielen müssen, wird ausgenutzt. Lohn-drücker setzen Löhne nur mit Blick auf die möglichen staatlichen Unterstützungen und die Konkurrenz fest. Auch manche Talkshow-Ökonomen vergessen, dass Löhne Sache von Verhandlungen sein sollten und nicht von einseitigen Festsetzungen.

Genauso hässlich wie die Lohndrückerei ist die Arbeitsüberforderung. Der Arbeitsvertrag basiert auf einem Stundenlohn und fester Arbeitszeit, aber der Arbeitgeber kann eine Arbeitsmenge fordern, die in dieser Zeit bei weitem nicht zu schaffen ist.

Es ist eine Schande, dass Gesetzgeber und Gewerkschaften, eine solche Ungleichbehandlung von Arbeitnehmern zuzulassen. Wenn der Staat es nicht schafft, Scheingewerkschaften das Handwerk zu legen und alle Arbeitnehmer in den Genuss ordentlicher Tarifverträge zu bringen, dann muss es einen gesetzlichen Mindestlohn geben. Bezeichnend ist, dass selbst die meisten Unternehmer Mindestlöhne für ihre Branche fordern, damit Wettbewerb nicht mehr über Löhne ausgetragen wird. Ich bin der Meinung, dass Betriebe, deren geschäftlicher Erfolg nur auf Ausnutzung von Menschen basiert, die sich nicht wehren können, keine Existenzberechtigung haben. Arbeit, die getan werden muss, wird immer nachgefragt, auch wenn sie teurer werden sollte.

Fazit: Innovation macht Wirtschaft erst möglich, indem sie qualitatives Wachstum *und* Rationalisierung hervorbringt. Diese beiden Kräfte sind bezüglich der Arbeitsmenge kontraproduktiv, wobei sich Rationalisierung stärker auswirkt, weil sie die Wirtschaft völlig durchdringt. Deshalb kann mehr Wachstum in überschaubaren Zeiträumen die Arbeitsvermeidung nicht ausgleichen, zumal es dauerhaft nicht möglich ist, ein höheres Wachstum zu erzielen als der Innovationskraft entspricht. Nicht nur Wachstum, sondern auch Arbeitsvermeidung ist Wohlstandsmehrung, die aber den freigesetzten Arbeitnehmern nicht zugute kommt und ihnen die Möglichkeit nimmt, ein Einkommen zu erzielen. Das Problem dieser Menschen hat die Wirtschaft dem Staat überlassen, der so unzureichend damit umgeht, dass ihre wirtschaftliche Existenz bedroht ist.

Verteilung von Einkommen und Arbeit

Das qualitative Wachstum braucht keine eigene Darstellung im Modell nach Bild 3. Es vergrößert den Geldstrom v . Die drei Arme e , s und l profitieren davon, die Unternehmer sowieso, der Staat erhält mehr Staatsabgaben, und die Arbeitnehmer spüren das Wachstum hoffentlich nach der nächsten Lohnrunde.

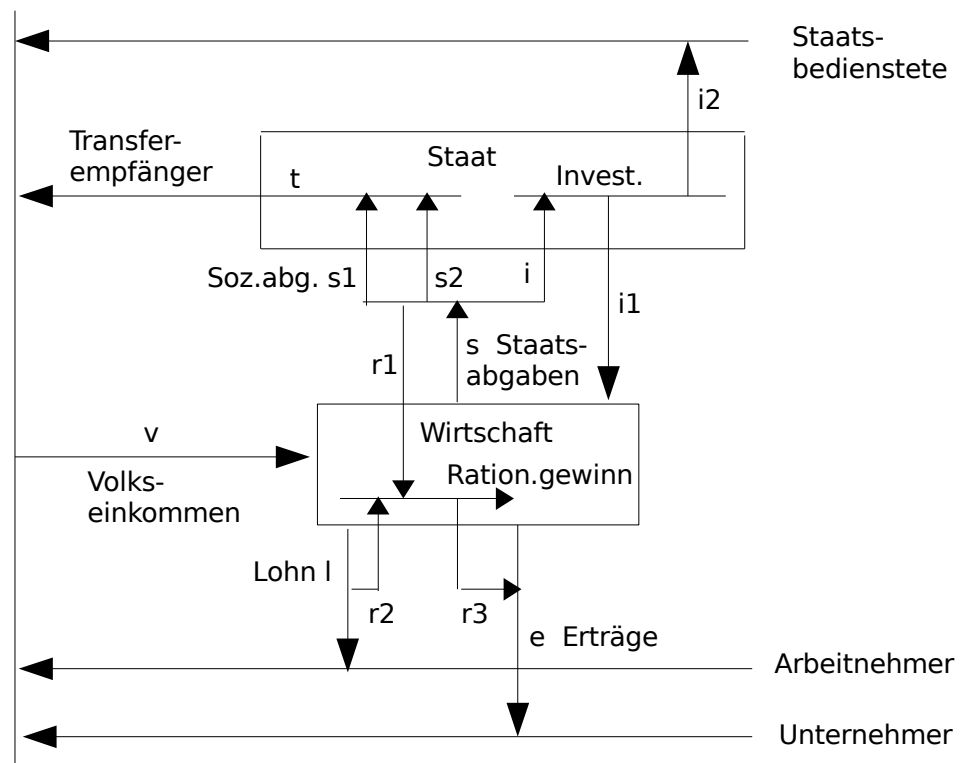


Bild 3 Wirtschaftskreislauf und Rationalisierungsgewinne

Die zweite Wohltat, nämlich die Arbeitsvermeidung, lässt sich nur in Bild 3 einführen, wenn zunächst die Rolle des Staates näher betrachtet wird.

Ich habe bisher der Einfachheit halber in s alles zusammengefasst, was dem Staat zufließt. Der Strom der Staatsabgaben s enthält neben den Sozialabgaben s_1 auch die Steuern, die sich in zwei Arme teilen. i fließt in Investitionen, und s_2 bildet zusammen mit den Sozialabgaben s_1 den Strom der Transferleistungen t .

Transferleistungen erhalten Menschen von Staats wegen direkt oder indirekt, und zwar ohne Gegenleistung. Im sozialen Bereich sind Gesundheitsaufwendungen, Kindergeld, Renten und Arbeitslosengeld die wichtigsten. Geschenke, aus was für Gründen auch immer, macht der Staat aber auch. Wenn ein Arbeitnehmer zum Beispiel die Abwrackprämie in Anspruch genommen hat, ist er vorübergehend auch Transferempfänger. Transferleistungen tragen wesentlich zum Geldstrom v bei.

Der Investitionszweig i teilt sich in die Zweige i_1 und i_2 auf. Mit den Mitteln aus i_1 vergibt der Staat Aufträge an die Wirtschaft und zahlt Subventionen.

Aus dem Zweig i_2 bezahlt der Staat seine Bediensteten, die als Verbraucher den Geldstrom v vervollständigen. Es ist mittlerweile Konsens, dass beispielsweise Ausgaben für Lehrer Bildungsinvestitionen sind. Die Bezeichnung "Investition" für diesen Zweig trifft sicher nicht genau zu. Worauf es ankommt, ist zu zeigen, dass die Mittel des Staates zum einen in die Wirtschaft fließen (i_1) und zum andern an Verbraucher mit und ohne Gegenleistung (i_2 und t).

Der komplette Wirtschaftskreislauf zeigt, dass jeder Mensch vom Geldstrom v lebt, ob er nun einer Erwerbsarbeit nachgeht oder nicht. Das gilt zum Beispiel auch für eine nicht berufstätige Hausfrau, die der Ehemann mit seinem Erwerbseinkommen unterhält.

Was da kreist, möchte ich jetzt nicht mehr "Geldstrom" nennen, sondern Volkseinkommen. Leser, die diese Bezeichnung nicht ganz zutreffend finden, mögen mir verzeihen.

Am Wirtschaftskreislauf in Bild 3 lässt sich herauszufinden, was sich ändert, wenn Arbeitsplätze durch Rationalisierung verloren gehen.

Das Geld, das ein Arbeitsloser nicht mehr verdient, wird irgendwo in seiner Branche, vielleicht sogar in seinem Betrieb, noch immer erwirtschaftet. Der Lohnstrom l verringert sich um die eingesparten Löhne r_2 der Arbeitslosen, womit die Rationalisierungsgewinne der Unternehmer gespeist werden. Auch wenn sie dieses Geld für Preissenkungen im Wettbewerb oder Investitionen verwenden, sich selbst werden sie keinesfalls vergessen, was durch den Zweig r_3 in Bild 3 ausgedrückt ist. Am Volkseinkommen v und an den persönlichen Löhnen der verbleibenden Arbeitnehmer ändert sich durch r_2 nichts. Und die Rationalisierungsgewinne haben noch eine weitere Quelle, nämlich die eingesparten Sozialabgaben r_1 aus dem Sozialabgabenzweig s_1 .

Zur Vereinfachung sehe ich diese Umverteilung als steuerlich neutral an. Der Staat nimmt zwar weniger Sozialabgaben ein, aber nicht weniger Steuern. Die Einkommensteuern der freigesetzten Arbeitnehmer werden zu Steuern auf Unternehmenserträge.

Der Abbau von Arbeitsplätzen vergrößert die Gruppe der Transferleistungsempfänger und verkleinert den Sozialabgabenzweig s_1 . Und da liegt der Hase im Pfeffer. Weniger Geld auf der einen und mehr Leistung auf der anderen Seite sind für den Staat ein Dilemma, obwohl im Sinne der Marktwirtschaft etwas ganz normales geschehen ist. Mehr zähneknirschend gleicht er das mit Steuern oder sogar Schulden aus, die sonst für Investitionen hätten verwendet werden können.

Und nicht nur da gibt es ein Problem. Die meisten Menschen haben Glück und behalten ihre Arbeit, andere werden hart getroffen, weil sie ihre gesamte Erwerbsarbeit verlieren. Unser Sozialsystem ist nicht darauf ausgelegt, die Arbeitsmenge gleichmäßig und existenzsichernd an alle, die Arbeit suchen, zu verteilen.

Die Väter unserer Marktwirtschaft haben die Sozialabgaben an Arbeitsplätze gekoppelt, und keine Reduzierung von Arbeitszeiten vorgesehen. Man war sicher, dass es immer genügend Erwerbsarbeit geben werde. Und wenn nicht, dann würde es sich um ein vorübergehendes Problem handeln, das schnell zu beheben wäre. Dass die Menge an Arbeit in einer eingeschwungenen Wirtschaft dem geschaffenen Wohlstand nicht folgt, wurde in der Zeit des Mengenwachstums nicht wahrgenommen. Und deshalb konnte es zu den Fehlern kommen, Sozialabgaben an Arbeit zu koppeln und Arbeitszeiten nicht.

Heute flehen Politiker mehr Wachstum herbei, ohne zu erkennen, was das eigentliche Problem ist. Oder wollen es nicht, weil sie sich vor einer nachhaltigen Lösung scheuen. Dazu trägt auch die übliche Denkweise bei: Wenn jemand seinen Arbeitsplatz verliert, verbinden wir damit ganz

selbstverständlich, dass das Geld, das er verdiente, danach nicht mehr erwirtschaftet wird und es deshalb der Wirtschaft und dem Staat fehlen muss.

Das mag vielleicht in Krisen und Rezessionen zutreffen, nicht aber in normalen Zeiten, in denen einfach die schlechtesten der Branche verschwinden, weil die besseren auf intelligente Weise Arbeit vermieden, also rationalisiert, haben. Gerade als ich das schreibe, kommt die Meldung vom Aus des Großversandhauses Quelle, und kurz darauf lese ich, dass es der Branche gut geht.

Dass eingesparte Löhne den Unternehmern zufließen, kann man mit viel Verständnis für deren Kreativität und für günstigere Verbraucherpreise noch akzeptieren, nicht aber, dass auch die Sozialabgaben, die an den verlorenen Arbeitsplatz gekoppelt sind, in die Unternehmenserträge umgelenkt werden. Von Rezessionen abgesehen, macht Arbeitslosigkeit das Volkseinkommen keineswegs kleiner, sondern ändert nur die Verteilung.

Die Menschen haben ihre Selbstversorgung zugunsten einer arbeitsteiligen Wirtschaft im Laufe der Zeit aufgegeben, nicht nur, um ein immer reichhaltigeres Warenangebot kaufen zu können, sondern auch, um das dafür nötige Einkommen zu erhalten. Im Gegenzug darf die Wirtschaft erwarten, dass die Einkommen auch konsumiert werden. Von wem, spielt volkswirtschaftlich keine große Rolle, denn alles fließt in die Wirtschaft zurück. Das soll heißen, Einkommensverteilung ist kein volkswirtschaftliches, sondern ein gesellschaftspolitisches Problem. Sie verändert sich durch Arbeitslosigkeit schleichend zugunsten der Unternehmer in ihrer Eigenschaft als Verbraucher. Der Vorgang selbst geht in Ordnung, schädlich ist nur das Ausmaß. Es ist noch nicht einmal in Ansätzen zu erkennen, dass Politiker das erkannt hätten, von Veränderung gar nicht zu reden.

Die schwindende Erwerbsarbeit schmälert in unserem gegenwärtigen System die staatlichen Finanzen, die für ein auskömmliches Leben eines beträchtlichen Teils der Bevölkerung erforderlich sind. Und sie schließt manche Menschen vollständig von Arbeit aus, während andere sie genauso vollständig behalten dürfen.

Das Bild, das ich gezeichnet habe, zeigt, dass die Beziehung zwischen Wirtschaft und Menschen auf einer Menge an Erwerbsarbeit beruht, von der angenommen wird, dass sie auf unbegrenzte Zeit konstant zu halten sei oder sich sogar steigern ließe. Weil sich diese Annahme als falsch herausstellt, eskalieren Arbeits- und Einkommensverteilung und gefährden massiv den sozialen Frieden, ja sogar die Demokratie. Man kann auch sagen, die Teilhabe der Menschen an der Wirtschaft ist nicht nachhaltig. Diese gefährliche Entwicklung muss gestoppt werden, und zwar fundamental und nicht durch einen billigen Verweis auf den nächsten konjunkturellen Aufschwung.

Man kann es auch so sehen: Die "Vertrag", durch den Menschen von Selbstversorgern zu Fremdversorgern wurden, ist unvollständig. Er sieht nicht vor, wie Menschen versorgt werden, wenn sie ihren Status als Fremdversorger verlieren, was für manche unvermeidlich ist. Um das nachzuholen, sind die Unternehmer als "Vertragspartner" und Profiteure in der Pflicht, zumindest, was die finanziellen Mittel betrifft.

Grundeinkommen und Konsumsteuer

Die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens - das ich kurz Grundeinkommen nennen werde - ist schon alt. Jeder Bürger soll es ohne Vorbedingung erhalten, Kinder zu einem Teil. Über die Höhe gibt es unterschiedliche Ansichten. Zumindest sollte ein bescheidenes Leben damit möglich sein. Man spricht auch von einem kulturellen Existenzminimum. Vom Grundeinkommen wird ein obligatorischer Beitrag zum Gesundheitssystem abgezogen. Im Gegenzug gibt es keinerlei Sozialtransfers mehr, außer einer an Bedingungen geknüpfte Unterstützung für Menschen, die besondere Hilfe brauchen.

Die "kleine" Konsumsteuer gibt es bereits. Es ist die Mehrwertsteuer. Mit ihr wird das Volkseinkommen besteuert, das sich im Konsum ausdrückt. Die Mehrwertsteuer ist daher unabhängig von der Zahl der Arbeitsplätze. Arbeitnehmer und Unternehmer sind nur in ihrer Eigenschaft als Verbraucher von der Mehrwertsteuer betroffen. Das heißt für einen Betrieb, dass sie ein durchlaufender Posten ist. Die von Betrieben eingekommene Mehrwertsteuer haben die Verbraucher an der Ladenkasse gezahlt. Was davon nicht für die Steuerforderung der Vorlieferanten gebraucht wird, erhält der Staat. Insgesamt sind das viele kleine Happen, die sich an der Wertschöpfung der Betriebe bemessen und in der Summe am Volkseinkommen. Aus der Mehrwertsteuer wird *die* Konsumsteuer, wenn jegliche Steuern und Abgaben, die mit der wirtschaftlichen Wertschöpfung und dem Konsum zu tun haben, entfallen und der jetzigen Mehrwertsteuer zugeschlagen werden. Die anderen Konsumsteuern, die es bereits gibt, wie Tabak- und Mineralölsteuer, gehen ebenfalls in der Konsumsteuer auf, indem für diese Waren erhöhte Sätze verlangt werden.

Prinzipiell ändert sich dadurch das Preisniveau nicht, da Betriebe Nettopreise kalkulieren, die sich durch den Wegfall von Staatsabgaben reduzieren. Eine konsequente Konsumsteuer ersetzt heutige Steuern und Abgaben und ist vollständig von der Anzahl der Arbeitsplätze entkoppelt.

Die Gerechtigkeits- und Finanzfragen dieser beiden Instrumente sind vielfältig. Trotzdem möchte ich mir zunächst überlegen wie sie die aufgezeigten Fundamentalprobleme der Marktwirtschaft lösen.

Wenn man sich zunächst die Einführung der Konsumsteuer ohne Grundeinkommen vorstellt, erkennt man, dass es sie implizit schon gibt. Sie ist neben der Mehrwertsteuer in den Preisen enthalten, weil die Unternehmer Steuern und Abgaben darin einkalkulieren. Weil es viele verschiedene gibt, die an allen möglichen Tatbeständen bemessen werden, kann niemand sagen, wie hoch der Steueranteil im Preis einzelner Waren neben der Mehrwertsteuer ist. Die versteckten Steueranteile müssen "hervorgeholt" und in feste Prozentsätze verwandelt werden. Plural deshalb, weil man sicher verschiedene Warengruppen unterschiedlich besteuern wird.

Am Wirtschaftskreislauf ändert sich im Prinzip nichts und trotzdem viel (siehe Bild 4). Das Volkseinkommen v bleibt gleich, ebenso der Steuerstrom s . Nur fließt er jetzt durch die Wirtschaft hindurch, die damit nichts mehr zu tun hat, außer ihn häppchenweise an den Staat abzuführen. Da Steuern und Abgaben nicht mehr in die Preise einkalkuliert sind, strömt nur noch das reduzierte Volkseinkommen $v-s$ in die Wirtschaft. Der Lohnstrom l und der Ertragsstrom e bleiben ebenfalls gleich. Unternehmer und Arbeitnehmer haben gegenüber der Einkommensbesteuerung nach Bild 3 nicht mehr, aber auch nicht weniger. Einen Bruttolohn und Sozialabgaben gibt es nicht mehr und eine Steuererklärung auch nicht. Bezieher von Transferleistungen müssten sich wohl an neue Verteilungsregeln gewöhnen, da Arbeit nicht mehr das Maß der Dinge ist.

Die entscheidende Kleinigkeit ist im Zweig r_3 zu finden, also dem, was Unternehmern durch Rationalisierungsgewinne zufließt. Er ist kleiner geworden, da es den Zufluss r_1 aus ersparten Sozialabgaben nicht mehr gibt.

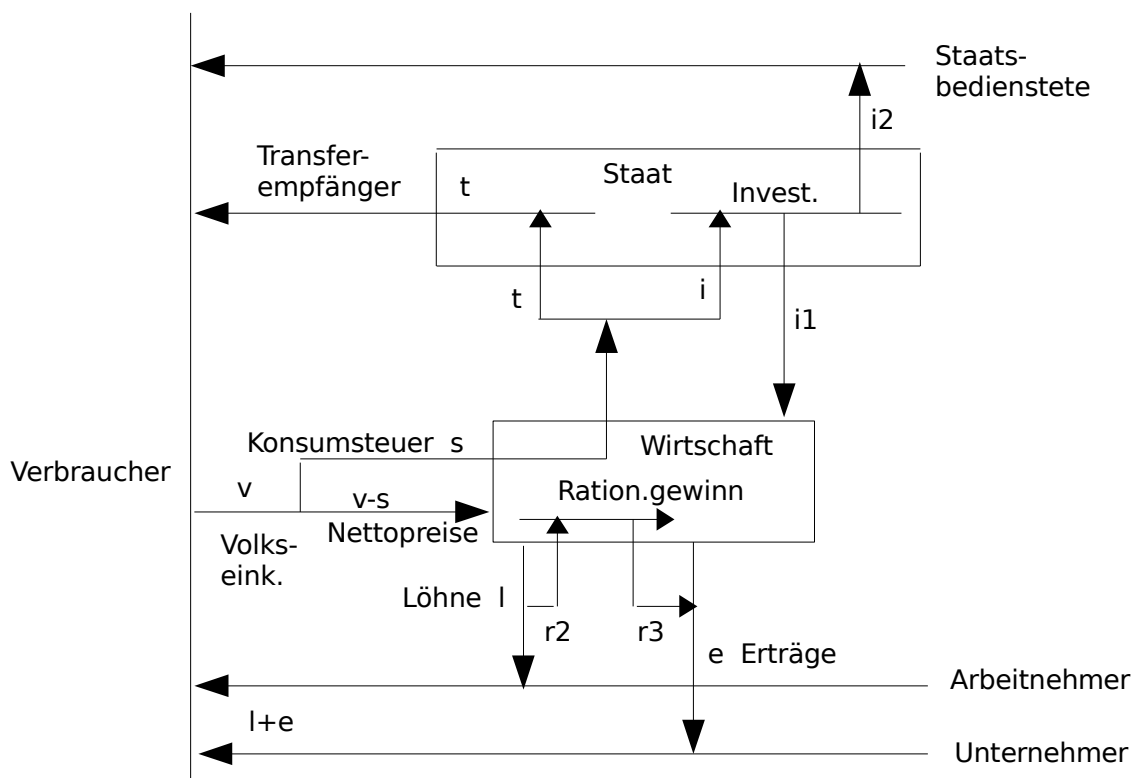


Bild 4 Konsumsteuer s im Wirtschaftskreislauf

Die Konsumsteuer ist, anders als die heutigen Sozialabgaben, vom Volkseinkommen und nicht von der Anzahl der Arbeitsplätze abhängig. Die Einkommensverteilung hat sich geändert. Die reduzierten Rationalisierungsgewinne sorgen zwar dafür, dass die Mittel zur Finanzierung der Transferleistungen gleich bleiben. Das genügt aber nicht, denn der Transferstrom t müsste größer werden, weil sich die Anzahl der Empfänger vergrößert. Und das ist nicht das einzige Problem. Werden Unternehmer die Einbuße akzeptieren? Sicher nicht so ohne weiteres.

Nun kommt das Grundeinkommen hinzu (siehe Bild 5). Der Zweig der Transferleistungen ist jetzt der Zweig der Grundeinkommen. Die Beträge s , t und i ändern sich gegenüber Bild 4 nicht. Der Konsumsteuerstrom s erhält durch höhere Steuersätze einen Zuschlag vom Betrag g_1+g_2 , der sich auf den Zweig t überträgt. g_1 und g_2 dienen zur "Finanzierung" der Grundeinkommen von Arbeitnehmern (g_1) und Unternehmern (g_2), während der Zweig t die Grundeinkommen der übrigen Menschen speist.

Der Vorgang ist einfach. Die Beträge g_1 und g_2 werden der Wirtschaft genommen, die daraufhin Löhne ($l-g_1$) und Erträge ($e-g_2$) reduziert, und der Staat gibt sie als Grundeinkommen an Arbeitnehmer und Unternehmer zurück. Niemand wird dadurch reicher oder ärmer.

Es versteht sich von selbst, dass der Staat mit seinen Staatsbediensteten genauso verfahren muss (i_2-g_3).

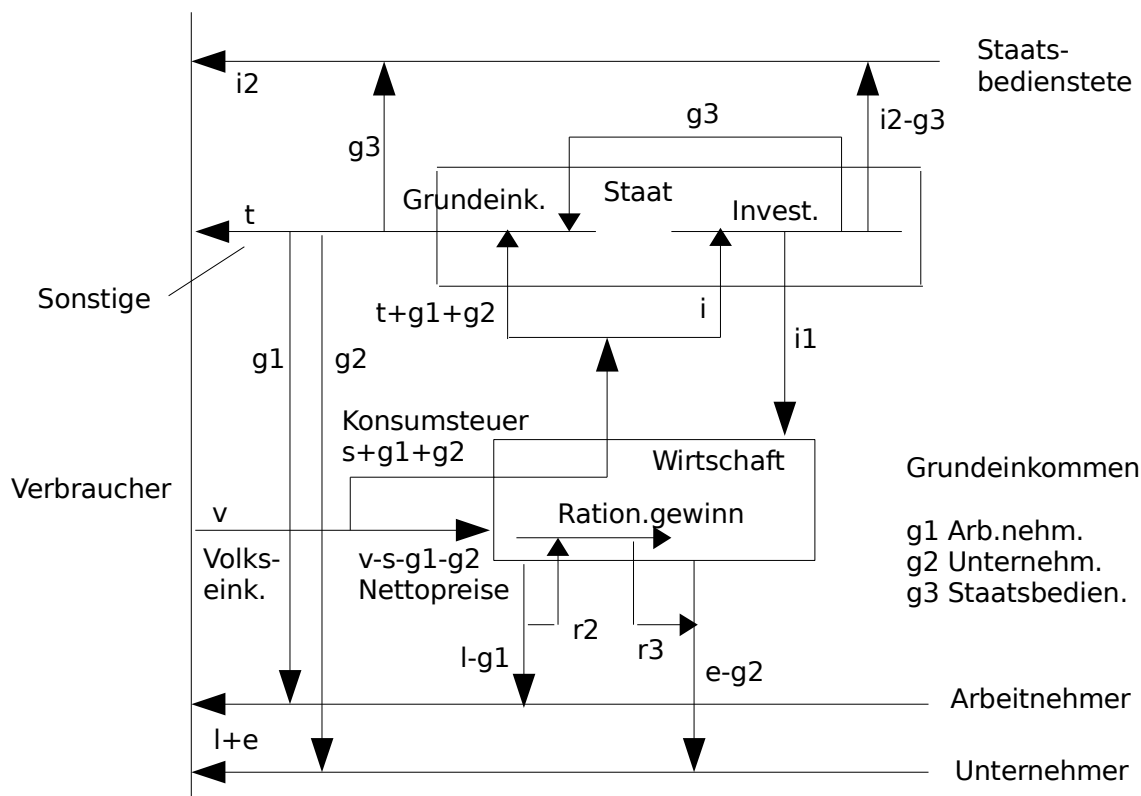


Bild 5 Konsumsteuer und Grundeinkommen im Wirtschaftskreislauf

Wenn Arbeitsplätze abgebaut werden, ändert sich der Strom der Grundeinkommen nicht, genauso wie beim Transferleistungsstrom nach Bild 4, das die Einführung der Konsumsteuer zeigt. Dort war der gleich bleibende Transferstrom zwar besser als der abnehmende zuvor, im Hinblick auf das Ziel stellte er aber immer noch einen Mangel dar, weil sich die Zahl der Leistungsempfänger vergrößerte.

Das Grundeinkommen löst dieses Problem elegant. Die Zahl kann sich durch Arbeitsplatzabbau nicht vergrößern, da Arbeitnehmer und Unternehmer von vorn herein "versteckte" Leistungsempfänger sind und nicht erst durch Arbeitsplatzverlust diesen Status annehmen.

Zusammen ermöglichen Konsumsteuer und Grundeinkommen, dass Menschen, die ihre Arbeit verlieren, ein bescheidenes repressionsfreies Leben führen können. Die "Finanzierung" ist schon in den Wirtschaftskreislauf eingebaut, bevor es zu Arbeitslosigkeit kommt. Man kann die Wirtschaft ihrem natürlichen Wachstum überlassen und muss nicht ständig versuchen es anzukurbeln. Das nenne ich Nachhaltigkeit.

Auf den ersten Blick scheinen Rationalisierungsgewinne vom Grundeinkommen nicht betroffen zu sein, auf den zweiten aber schon. Es ist nur ein Detail, das noch weniger auffällt als bei der Konsumsteuer, denn es erscheint in Bild 5 nicht. Rationalisierung ist Arbeitsvermeidung und führt zu erspartem Lohn, was ihr Zweck ist. Die Schrumpfung des Lohnstroms l durch $g1$ bei Einführung des Grundeinkommens überträgt sich auf die Rationalisierungsgewinne $r2$ und damit auch auf $r3$.

Also reduziert das Grundeinkommen genauso wie die Konsumsteuer den permanenten Zuwachs von $r3$ und damit der Unternehmererträge e . Man muss betonen, dass es "nur" zukünftige Zu-

wächse sind, die beschnitten werden, womit Unternehmer ihrer ausstehenden Verpflichtung gegenüber freigesetzten Arbeitnehmern nachkommen.

Trotzdem wird wohl den Unternehmern etwas geboten werden müssen, damit sie bereit sind, diesen Preis zu bezahlen. Grundeinkommen und Konsumsteuer können da mit einigem aufwarten.

Unternehmer bekommen ein Maximum an unternehmerischer Freiheit. Sie kassieren im Auftrag des Staates die Konsumsteuer, und sonst haben sie, wie auch die Arbeitnehmer, mit Staatsabgaben nichts mehr zu tun. Und das ist gut so, denn in unserem gegenwärtigen System sind Steuern und Abgaben versteckte Preisbestandteile, die mit den Produktionskosten am Markt konkurrieren, und zu einem völlig verzerrten Wettbewerb führen. Der Staat kassiert bei jedem Produktionsschritt einer Ware Steuern und mischt sich permanent in einen Prozess ein, der ihn eigentlich erst am Ende etwas angeht, nämlich dann, wenn die Ware vom Endverbraucher gekauft wird.

Die Beziehung zwischen Unternehmer und Arbeitnehmer verändert sich zu einer Geschäftsbeziehung. Der Unternehmer kauft die Dienstleistung des Arbeitnehmers ein, und zwar für die Zeit, die ihm sinnvoll und geboten erscheint. Der Kündigungsschutz verliert seinen Sinn. Die Aufgabe der Gewerkschaften ändert sich, sie übernehmen die Vertragsabschlüsse der Arbeitnehmer oder unterstützen sie. Für Arbeit gibt es einen echten Markt wie für jede andere Dienstleistung auch. Dagegen ist das, was heutzutage Arbeitsmarkt genannt wird, eine Farce. Das Grundeinkommen macht diese neue Beziehung möglich, weil Arbeitnehmer auch Nein sagen können, wenn der vom Unternehmer gebotene Preis oder andere Umstände nicht stimmen. Lohndrückerei geht nicht mehr.

Das bedeutet, mit etwas Abstand betrachtet, dass es den heutigen Konkurrenzkampf um die Betriebseinnahmen zwischen Staat, Unternehmern und Arbeitnehmern nicht mehr gibt. Dieses Gerangel, das voll in die Wirtschaft eingebettet ist, erzeugt riesige Reibungsverluste und Hemmnisse und wird dennoch als völlig normal betrachtet.

Aber auch die Aufteilung des derzeitigen Transferleistungsstroms ist unendlich kompliziert und auch emotional bestimmt. Wo nach komplexen Regeln aufgeteilt wird, gibt es Verteilungskämpfe. Der oft aussichtslose Kampf, sein Einkommen durch Arbeit zu beziehen und nicht durch Arbeitslosengeld, ist der hervorstechendste, aber auch der Kampf um die Höhe des Arbeitslosengeldes und der Generationenstreit bei der Rente gehören dazu.

Das Grundeinkommen und die Konsumsteuer würden diese unglaublich teure Einkommensverteilung, die sich Staat und Wirtschaft leisten, beseitigen, was einer gewaltigen Rationalisierungsmaßnahme gleich käme. Die vergeudeten Kräfte könnten Werte schaffen.

Ich denke, dass Unternehmer sich gerne auf diesen Deal einlassen werden: Minderung von Ertragszuwächsen gegen nahezu maximale unternehmerische Freiheit.

Auch das andere Problem unserer Marktwirtschaft, die ungleiche Arbeitsverteilung, kann das Grundeinkommen lösen. Es macht Arbeit zu einer Ware und sichert im Gegenzug die Arbeitnehmer ab, sollten sie einmal nicht ausreichend davon bekommen. Oder umgekehrt: weil Arbeitnehmer abgesichert sind, wird sich Arbeit zu einer Ware entwickeln.

Man kann den Vorgang mit mehreren Betrieben vergleichen, die auf einem Markt konkurrieren. Gleiche Leistungsfähigkeit vorausgesetzt, wird sich das Marktvolumen auf die Wettbewerber aufteilen, und keiner wird ganz leer ausgehen. Die gleichmäßige Verteilung der Ware Arbeit wird sich in kürzeren täglichen oder auch jährlichen Arbeitszeiten niederschlagen.

Manchem Arbeitnehmer wird es nicht gefallen, sich in kurzen Zeitabständen um Arbeit bemühen zu müssen, selbst wenn sie leicht zu bekommen sein wird. Das Grundeinkommen ist der gerechte Ausgleich dafür, was ohne Zweifel besser ist, als den sicher geglaubten Arbeitsplatz zu verlieren und mit leeren Händen dazustehen.

Es gibt noch andere Auswirkungen des Grundeinkommens auf Arbeit:

Die permanente Arbeitsvermeidung schwächt sich ab, denn aus reduzierten Rationalisierungsgewinnen folgt, dass Unternehmer in geringerem Maß Menschen durch Maschinen ersetzen.

Das Grundeinkommen kann bezahlte Arbeit schaffen, und zwar solche, die es auch heute schon gibt, aber zu teuer ist, um nachgefragt zu werden.

Die wichtigste Frage zum Grundeinkommen, nämlich die, wie es finanziert werden soll, stellt sich nicht. Denn es ist nur einzuführen, indem es genauso wie die Konsumsteuer ein Baustein des Wirtschaftskreislaufes wird. Es ist für die meisten Menschen einkommensneutral. Nur diejenigen, deren heutiges Einkommen unter dem Grundeinkommen liegt, würden sich gerechterweise verbessern. Der Beitrag der Unternehmer sichert lediglich die heute bröckelnde Finanzbasis der Transferleistungen.

Ich bin überzeugt, dass beide Instrumente die Kraft haben, die nötigen Umverteilungen hervorzurufen, vor allen Dingen auch dadurch, dass die Wirtschaft das Potential erkennt, das in ihnen steckt.

Gerechtigkeit

Der Kritikpunkt schlechthin am Grundeinkommen ist die Möglichkeit, sich frei, also ohne Bedürftigkeitsprüfungen und andere Forderungen, *gegen* bezahlte Arbeit zu entscheiden. Die Kritiker glauben, dass unter diesen Umständen bald niemand mehr arbeitet.

Das wird sicher nicht eintreten, da kaum ein heutiger Gut- oder Mittelverdiener sich auf Dauer mit dem kulturellen Existenzminimum zufrieden geben wird. Aber auch viele Geringverdiener werden wohl einer Arbeit nachgehen müssen, um ihr Grundeinkommen aufzubessern, denn es gestattet kein bequemes Leben, schließlich sind auch die Mieten davon zu bestreiten. Die Hemmschwelle, Arbeit aufzunehmen, liegt wohl niedriger als heute, weil Unternehmer maßgeschneiderte Arbeitsbedingungen bieten müssen, damit sie nicht irgendwann ohne Arbeitskräfte dastehen.

Gesunde Menschen, die keiner Erwerbsarbeit nachgehen, müssen noch lange keine Faulpelze sein. Sie können sich ohne große finanzielle Nöte zum Beispiel mit Pflege, Weiterbildung, Kindererziehung oder Ehrenamt befassen.

Aber es gibt sie, die Drückeberger. Selbst wenn es heute durch „Fördern und Fordern“ gelingt, sie zur Arbeit anzuhalten, werden sie indirekt durch die Wirtschaft subventioniert, denn mit einer solchen Einstellung kosten sie ihren Betrieb oft mehr als sie einbringen. Das ist zwar ein emotionaler Unterschied zum Grundeinkommen, aber kaum ein wirtschaftlicher. Deshalb ist es besser, in Bildung zu investieren, damit Menschen diese Haltung erst gar nicht annehmen.

Der markige Satz aus der Bibel "Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen" wird oft von Kritikern des Grundeinkommens angeführt. In Langform meint er folgendes: "Wer nicht arbeitet, soll durch Hunger zur Arbeit gezwungen werden, weil sonst andere für ihn mitarbeiten müssen". Das ist eine Lebensregel, die zu einer Gesellschaft von Selbstversorgern passt, die von morgens bis abends schwer arbeiten, und denen es trotzdem an allem fehlt. Auf eine hoch entwickelte arbeitsteilige Volkswirtschaft mit gesättigten Märkten kann dieser Grundsatz nicht angewandt werden. Immerhin geht heute nur noch ungefähr die Hälfte der Gesamtbevölkerung einer Erwerbsarbeit nach. Die andere Hälfte lebt ebenfalls vom Volkseinkommen. Wer es dennoch als ungerecht ansieht, einer bezahlten Arbeit nachzugehen, während andere das nicht tun, hat bei einem Grundeinkommen immerhin die Freiheit, sich ebenso zu verhalten.

Als ich zum ersten Mal von der Konsumsteuer hörte, wurde sie etwa so beschrieben: Die Mehrwertsteuer wird erhöht, andere Steuern können dafür wegfallen. Ich dachte sofort an viel höhere Preise und fand eine höhere Mehrwertsteuer statt der Einkommensteuer völlig ungerecht. Denn Geringverdiener, die gezwungen sind, ihr gesamtes Einkommen zu verbrauchen, und Bezieher von sehr hohen Einkommen hätten den gleichen Steuersatz. Mehr noch: Gutverdiener könnten Vermögen aus un versteuertem Geld aufbauen, weil sie nicht alles verbrauchen müssen, so dachte ich.

Der in den Schaubildern dargestellte Wirtschaftskreislauf muss, um Erkenntnisse zu gewinnen, idealisiert sein. Bei Einführung der Konsumsteuer bleiben beispielsweise das Volkseinkommen, das Preisniveau und die wirtschaftliche Situation von Unternehmern und Arbeitnehmern gleich. Eine Konsumsteuer bedeutet also keinesfalls, dass sich Steuerbeträge auf deren Konten befinden und darauf warten, beim Einkauf gezahlt zu werden.

Meine anfänglichen Überlegungen zu den Staatsabgaben haben gezeigt, dass der Verbraucher über die Preise alle Steuern und Abgaben zahlt. Das habe ich als Sichtweise bezeichnet, aber eigentlich ist es keine, sondern Realität, womit die Frage, weshalb es sie gibt, schon beantwortet ist.

Bleibt man bei dieser konsumorientierten Sicht, dann existiert der Gehaltszettel mit "Brutto" und "Netto" nicht. Arbeitnehmer erhalten einfach nur ihr Gehalt. Unternehmer führen Steuern und Abgaben, die letztlich aus der Ladenkasse stammen, an den Staat ab, ohne den Arbeitnehmern davon etwas mitzuteilen. Was die Steuern des Unternehmers betrifft, muss man sich den Umweg über das Unternehmerkonto weg denken. Und dann trifft tatsächlich zu, dass alle Verbraucher beim Kauf eines bestimmten Artikels den gleichen Steuersatz zahlen, also gleich belastet sind.

Weil es so nicht sein soll, gibt es die praktizierte einkommensorientierte Sichtweise, bei der die Unternehmer Arbeit mit Löhnen bewerten müssen, von denen individuelle Steuern und Abgaben abzuführen sind. Das ist die Erfindung der Bruttolöhne. Die zu zahlenden Steuern sind den Bruttolöhnen progressiv steigend in einer Tabelle zugeordnet. Je mehr verdient wird, desto höher der Steuersatz.

Dazu ein Beispiel. Ein Unternehmer bewertet die Arbeit von Mitarbeiter Bill halb so hoch wie die von Mitarbeiter Bob und wendet für beide 1800 EUR monatlich auf. Nach der konsumorientierten Sichtweise erhält Bill 500 EUR, Bob 1000 EUR, und 300 EUR gehen an den Staat. Bill kann halb so viel Waren kaufen wie Bob. Da Steuern Bestandteil der Preise sind, zahlt Bob gegenüber Bill den doppelten Steuerbetrag und damit den gleichen Prozentsatz.

Der Staat sieht Bob bereits als "starke Schulter" an und möchte, dass er weniger als die doppelte Warenmenge gegenüber Bill kaufen kann. Bob soll progressiv besteuert werden. Deswegen verpflichtet der Staat den Unternehmer mit Bruttolöhnen zu kalkulieren. Der möchte nach wie vor 1800 EUR aufwenden und die Arbeit von Bill halb so hoch bewerten wie die von Bob. Also erhält Bill 600 EUR und Bob 1200 EUR, jeweils brutto. Die Steuerregeln sind beispielsweise so, dass Bill auf seinen niedrigen Lohn 10% Steuern zahlt und Bob 20 % abgezogen werden. Bill kann nun für 540 EUR Ware kaufen und Bob für 960 EUR, der Staat erhält wiederum 300 EUR.

Viele Bruttolöhner sind von diesem System ausgenommen. Es sind die Niedrigverdiener, die keine Steuern zahlen, und die Bezieher hoher Einkommen, für die der Höchststeuersatz gilt. Während die Bezieher mittlerer Einkommen durch Progression gegeneinander ausgespielt werden, gilt in der Oberklasse der einheitliche Höchststeuersatz. Dass man die Progression oben irgendwo begrenzen muss, kann nicht die Entschuldigung dafür sein.

Steuerprogression wird durch eine Tabelle verkörpert und die lässt sich gestalten und damit auch missgestalten. Mittlerweile wird der ursprüngliche Zweck, nämlich die unteren Einkommen zu entlasten, dadurch erreicht, dass man die oberen Einkommensbezieher so stark belastet, dass manche Bruttolohnerhöhung kaum noch in den Taschen der Leute ankommt.

Es kommt noch dicker. Unternehmer und leitende Angestellte, ich nenne sie einfach Manager, werden nach der gleichen progressiven Tabelle besteuert. Auf den ersten Blick ist man der Meinung, die Art der Besteuerung müsste für alle gleich sein, und für hohe und höchste Einkommen sei Progression genau das richtige. Wohl kaum: die meisten Manager zahlen den Höchststeuersatz und kennen in ihrer Klasse keine Progression. Auch funktioniert die progressive Besteuerung für Manager ganz prinzipiell nicht, denn ihr müssen Löhne zugrunde liegen, die von der Arbeitsmenge abhängen und von einer höheren Instanz nach Leistung festgesetzt werden, wie das Beispiel von Bob und Bill zeigt. Bei Bruttolöhnern wird Arbeit mit Steuern belegt, weil die Arbeit dem Einkommen entspricht, was bei Managern nicht der Fall ist.

In gewissem Rahmen spielt der Steuersatz nämlich keine Rolle. Jeder Unternehmer hat sich längst mit dem Höchststeuersatz arrangiert, denn er kann seinen Betrieb so führen, dass ihm nach Steuern die privaten Erträge bleiben, die er sich vorstellt, und sei es über die Preise. Das machen leitende Angestellte genauso, indem sie ihre Verträge entsprechend aushandeln.

Es gibt aber noch das Einkommen, das ein Unternehmer in seinen Betrieb investiert. Der Betrieb wird wertvoller, die Eigenkapitalquote steigt, und der Unternehmer wird formal reicher. Die Steu-

ern, die er darauf zahlt, schmälern zwar den Wertzuwachs seines Betriebes, aber nicht seinen privaten Lebensstil, woran man wirkliche Steuerbelastung messen muss.

Man sieht, dass die progressive Besteuerung, die durch die einkommensorientierte Sichtweise möglich wird, nur bei den Beziehern mittlerer Bruttolöhne wirkt und dort eine zwiespältige Gerechtigkeit schafft. Einkommensorientierung spielt für die übrigen Einkommensbezieher keine Rolle, weil die aus verschiedenen Gründen der Progression entgehen.

Weil Manager darüber hinaus ihr Einkommen gestalten können, muss man ihre Besteuerung schon heute in der realen konsumorientierten Sichtweise sehen, und zwar zu Prozentsätzen von $19+x$ und $7+x$, wobei x der versteckte, unbekannte Steuer- und Abgabenanteil ist, der von Artikel zu Artikel wechselt. Mit Steuergerechtigkeit hat das nichts zu tun.

Könnte es sein, dass der Mehrwertsteuersatz von 7 Prozent so etwas wie eine verschämte Korrektur ist, weil den Erfindern die Ungerechtigkeit ihres Systems bereits bewusst war?

Es gibt also genug Gründe, unserem heutigen Steuersystem keine Träne nachzuweinen und die einfache klare Konsumsteuer einzuführen. Wie man auch Bild 4 entnehmen kann, gibt es dann in den Betrieben und auf den Konten von Unternehmern keine Steuern mehr, weil sie in den Betriebseinnahmen nicht mehr enthalten sind. Nur deshalb wird die Zahlung überflüssig und nicht weil man eine Steuerbefreiung oder einen Zahlungsaufschub bis zum Konsum vermutet.

Wirkliche Steuergerechtigkeit entsteht durch die Beeinträchtigung des privaten Konsums, was bei den Bruttolöhnern mit Belastung von Einkommen gleichzusetzen ist, aber nicht bei Unternehmern und leitenden Angestellten. Bei einer Konsumsteuer wird Steuergerechtigkeit hergestellt durch eine Reihe sich stark unterscheidender Steuersätze. Waren des täglichen Lebens würden sehr niedrig und Luxusgüter sehr hoch besteuert.

Ganz ohne Besonderheiten ist auch die Konsumsteuer nicht: wenn durch Zusammenfügen von alltäglichen Gütern ein Luxusgut entsteht, wie zum Beispiel beim Bau einer Luxusvilla, müsste nachversteuert werden, und Dienstleistungen für Privatleute sind Konsum und würden der Konsumsteuer unterliegen.

Zugegeben, es fällt nicht leicht, sich mit dieser Art von Steuergerechtigkeit anzufreunden, obwohl sie sehr konsequent ist.

Ausblick

Die Menschen spüren, dass unsere Marktwirtschaft Konstruktionsfehler hat. Es gelingt uns derzeit nicht, die Folgen der Rationalisierung, die eine Marktwirtschaft erst möglich macht, nachhaltig zu beherrschen.

Rationalisierung bringt die Arbeitnehmer von gescheiterten Betrieben in Bedrängnis und hat daher bei den Menschen keinen guten Klang. Grundeinkommen und Konsumsteuer befreien die Rationalisierung von diesem Makel. Der Vorwurf an Unternehmer, trotz Gesetzestreue unethisch gehandelt zu haben, geht nicht mehr.

Ich möchte einige persönliche Anmerkungen machen. Als Ingenieur habe ich mein ganzes Berufsleben damit zugebracht, zu automatisieren, und zwar in der festen Überzeugung, dass überflüssige Arbeit nicht getan werden darf. Der fade Beigeschmack, Arbeitsplätze zu vernichten, hat mich bis heute begleitet, auch angesichts der Hilflosigkeit des Staates im Umgang damit. Ich bin überzeugt, dass es nicht möglich sein wird, wegrationalisierte Arbeit mit Wachstum dauerhaft auszugleichen. Es gelingt schon heute kaum. Wachstum durch „Mehr verbrauchen ohne echten Bedarf, also nur um des Verbrauchens willen“ halte ich für ein Vergehen an Umwelt und Ressourcen.

Es war ein gutes Gefühl, zu entdecken, dass Grundeinkommen und Konsumsteuer die fehlenden Bausteine sind, mit denen der Wirtschaftskreislauf nachhaltig rund läuft und die Rationalisierung ihr Image als Bösewicht verliert. Den Schuh, Arbeitsplätze zu vernichten, brauchen sich die Rationalisierer nicht mehr anzuziehen.

Wie ein solches System atmet, wie sich unterschiedliche Rationalisierungspotentiale von Branchen auswirken, was bei einer Rezession geschieht, wie sich Lohnniveaus einpendeln, ob etwas aus dem Ruder läuft oder sich stabilisiert, das sind Fragen, über die man weiter nachdenken kann. Als Ingenieur würde mich die Datenmodellierung des Problems und die Computersimulation reizen. Gerade die Einfachheit von Grundeinkommen und Konsumsteuer dürfte diese Aufgabe nicht allzu schwierig machen.

Meine Leser mögen mir nachsehen, dass ich einen Aufsatz für einen ungewöhnlichen Zweck geschrieben habe, nämlich mir selbst die Klarheit zu verschaffen, die ich zuvor nicht hatte.